

Gießener Allgemeine vom 02. November 2012

Eine bange Frage: Wie kommen Diakonie & Co. an ihr Geld?

Jugendhilfeausschuss diskutiert über Finanzierung der freien Träger bei Haushaltskonsolidierung und Tarifierhöhung

Gießen/Garbenteich (pm). Lebhaftes Diskussionen löste ein Antrag des Fachausschusses Jugendhilfeplanung und -entwicklung jüngst in einer Sitzung des Kreis-Jugendhilfeausschusses aus. Nach Erläuterung durch dessen Vorsitzende Hiltrud Hoffmann (Grüne) soll eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage erarbeitet werden, mithilfe derer die bestehenden Angebote freier Träger im Bereich der Jugendhilfe für den Landkreis bewertet werden und zugleich Vorschläge für die Prioritäten im Haushaltsjahr 2014 abgeleitet werden können. Der Kreis hat seit 2004/05 leistungsorientierte Verträge mit 50 Trägern im Umfang von über zwei Millionen Euro jährlich. Diese übernehmen für die öffentliche Hand gesetzliche Pflichtaufgaben, etwa Schuldner-, Jugend- und Drogen- oder psychosoziale Beratung.

Hintergrund der beabsichtigten Revision ist unter anderem die Tarifierhöhung der letzten Jahre, denen die freien Jugendhilfeanbieter nachkommen müssen. Mehrere Träger hatten die Kreisverwaltung darauf hingewiesen, dass die Mehrausgaben durch die vom Kreis zugesicherte Steigerungsrate (nach fünf Jahren einmalig drei Prozent) nicht auf Dauer gedeckt werden könnten. Somit könnte unter Umständen das Angebot der Jugendhilfe auf lange Frist nicht mehr in vollem Umfang angeboten werden. Zudem ist im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Finanzierung der Jugendhilfe zu überprüfen.

Deswegen, so der Antrag, sollte das Gremium eine Prioritätenliste in Auftrag geben, die die Angebote bewertet, die für die Erfüllung der Jugendhilfe aufgrund gesetzlicher Vorgaben vordringlich erhalten werden müssen. In enger Abstimmung mit der Stadt Gießen – einige Verträge sind gemeinsamer Natur – möge die Kreisverwaltung Projekte sichten und schließlich mit Kriterien wie Zielgruppenorientierung, sozialräumlichen Aspekten und Vernetzung belegen.

»Der Anfang vom Ende!«

Magnus Schneider, Lebenshilfe-Geschäftsführer und Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbands im Ausschuss, bemerkte, dass mit diesem Beschluss »der Anfang vom Ende besiegelt« sei, da eine solche Prioritätenliste darauf hinauslaufe, einige Angebote freier Träger künftig nicht mehr zu finanzieren. Er könnte für den Wohlfahrtsverband jedenfalls nicht daran mitwirken, eigene wichtige Angebote zu streichen.

Dem widersprach Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald: »Das Verfahren soll Transparenz schaffen und die Leistungen beleuchten, die die freien Träger erbringen.« Jugendamtsleiterin Claudia Warnat ergänzte, dass die Verwaltung mit diesem Verfahrensvorschlag die dem öffentlichen Jugendhilfeträger gesetzlich aufgegebenen Gesamt- und Pla-

nungsverantwortung für die Jugendhilfe umsetze. Seitens der Politik sei »keine Deckelung der Ausgaben auf alle Zeiten beschlossen«, so Oßwald. Vielmehr brauche man eine transparente Übersicht, um die Leistungen erneut dem Bedarf anpassen zu können. »Unser Anliegen ist es, das sehr gut strukturierte, verlässliche Sozialnetz im Landkreis zu erhalten.«

Holger Claes, Leiter des Diakonischen Werkes in Gießen, unterstrich, dass die Entscheidung über die Verteilung der Mittel von der Politik getroffen werden muss. Ein Gremium wie der Jugendhilfeausschuss könne aber im Vorfeld eine fachliche Einschätzung dazu abgeben. Auch Landrat a.D. Ernst Klingelhöfer (DRK) appellierte an das Gremium, dem Antrag zuzustimmen. Nur so könne man Einfluss auf die Entwicklung nehmen. Zudem müsse im Sozialwesen große Sorgfalt walten; eine umfassende Inspektion der geförderten Angebote sei daher ohnehin notwendig. »Eine Revision der Angebote ist im Grunde überfällig«, sekundierte Oßwald.

Entschieden hat sich der Jugendhilfeausschuss schließlich – entgegen der Stimmung – für einen abgeänderten Antrag, bei dem sämtliche Angebote in den kommenden Monaten in einem strukturierten Prozess zusammen mit der Stadt »unter die Lupe« genommen werden. Bei der Zusammenstellung soll aber wegen der Unterschiedlichkeit nicht nach Priorität gelistet werden.